

Three vertical green bars of varying heights are located in the top left corner of the page.

Auszüge aus dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

gemäß § 10 Absatz 1 der LUBW-Satzung



Baden-Württemberg

1	GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN	3
1.1	Gesetzliche Grundlagen	3
1.2	Unternehmensstruktur	3
1.3	Wirtschaftliches Umfeld	3
1.4	Arbeitsschwerpunkte	4
1.5	Personal	7
2	ERTRAGSLAGE	8
3	FINANZLAGE	9
4	VERMÖGENSLAGE	10
5	NACHTRAGSBERICHT	10
6	RISIKOBERICHT	10
7	PROGNOSEBERICHT	12

1 GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Durch das „Gesetz zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg“ (LUBW-Gesetz) wurden die beiden Einrichtungen am 1. Januar 2006 zur LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg fusioniert.

Die Aufgaben der LUBW sind in § 2 des LUBW-Gesetzes geregelt und werden in § 1 der Satzung aufgefächert. Die LUBW unterstützt die Landesregierung in Fragen des Umwelt-, des Natur- und des Strahlenschutzes, des technischen Arbeitsschutzes sowie der Anlagensicherheit und der Produktsicherheit. Zu den Aufgaben der LUBW gehören neben der Vollzugsunterstützung auch gutachterliche und konzeptionelle Tätigkeiten.

1.2 Unternehmensstruktur

Seit 2010 ist die LUBW in die sechs Abteilungen Zentrale Dienste, Nachhaltigkeit und Naturschutz, Technischer Umweltschutz, Wasser, Informationstechnisches Zentrum Umwelt sowie Messtechnik und Analytik mit insgesamt 26 Referaten gegliedert.

Die notwendigen Regelungen der Geschäftsordnung sind im LUBW-Handbuch dargelegt. Es schafft klare Strukturen und gibt für die vorhandenen Managementsysteme – Umweltmanagement, Qualitätsmanagement, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit sowie Risikomanagement – einen einheitlichen Rahmen vor. Das Handbuch ist über das Intranet der LUBW für alle Beschäftigten jederzeit aktuell verfügbar.

1.3 Wirtschaftliches Umfeld

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wurde 2014 von unterschiedlichen Einflüssen geprägt. Zahlreiche politische Auseinandersetzungen vor allem im Nahen und Mittleren Osten, die Krise in der Ukraine sowie Unsicherheiten um die wirtschaftliche Stabilität in den Schwellenländern beeinträchtigten das allgemeine Wirtschaftsklima. Dagegen sorgte der niedrige Ölpreis für ein höheres Wachstum. Im Jahr 2014 wuchs die Weltwirtschaft um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2015 wird mit einer leichten Beschleunigung des globalen Wachstums gerechnet.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2014 in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behauptet. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahr 2014 preisbereinigt um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr zu; stärker als erwartet. Getragen wurde dieses Wirtschaftswachstum von den positiven Wachstumsimpulsen der Inlandsnachfrage und den Nettoexporten. Der Anstieg der privaten Kon-

sumausgaben profitierte dabei von einem weiteren Beschäftigungsaufbau und von geringen Rohstoffpreisen.

Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) erhöhten sich für das Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 insgesamt um 4,0 %. Die dem Land Baden-Württemberg nach der Verteilung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden zustehenden kassenmäßigen Steuereinnahmen stiegen um 8,4 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Steuereinnahmen hatten keinen direkten Einfluss auf das Basiskapital der LUBW. Die Einlagen des Landes in das Basiskapital stiegen im Vergleich zum Vorjahr leicht auf TEUR 19.861,7 (19.598,4). Als zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes erhielt die LUBW TEUR 19.072,2. Insgesamt standen der LUBW im letzten Jahr mehr Mittel zur Verfügung als in den Vorjahren. Die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms konnten im geplanten Umfang umgesetzt werden. Dabei wurden die zusätzlichen politischen Schwerpunkte der Landesregierung so weit möglich berücksichtigt.

1.4 Arbeitsschwerpunkte

Die zu erledigenden Aufgaben sind im Wesentlichen im Jahresarbeitsprogramm dokumentiert. Über den Erfüllungsgrad wurde regelmäßig in den Quartalsberichten informiert. Einige thematische Schwerpunkte sind nachfolgend beispielhaft aufgeführt:

Wie schon in den vergangenen Jahren war auch 2014 das Thema Windkraft aufgrund seines besonderen politischen Stellenwertes ein Arbeitsschwerpunkt in der LUBW. Das im Frühjahr 2012 eingerichtete Kompetenzzentrum Windenergie der LUBW unterstützte die Genehmigungsbehörden bei der Klärung fachlicher Fragen zum Immissions- und Naturschutz und erarbeitete grundlegende Konzepte, Hinweise und Hilfestellungen zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen (WEA) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien UM, MLR und MVI.

Die 2011 begonnene landesweite Kartierung der Bestände des Rot- und Schwarzmilans als windkraftempfindliche Arten mit bedeutender Verbreitung in Baden-Württemberg konnte 2014 abgeschlossen werden. Damit liegt nun ein landesweiter Datensatz zum Brutvorkommen von Rot- und Schwarzmilan in den windhöffigen Gebieten Baden-Württembergs vor. Die Planungshilfen dienen zur Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Anforderungen bei der Bauleitplanung und der Genehmigung von WEA und wurden den Genehmigungsbehörden am 10.11.2014 zur Verfügung gestellt.

Im Hinblick auf einen landeseinheitlichen Vollzug hat die LUBW eine „Checkliste Antragsunterlagen für Windkraftanlagen“ für die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren von WEA erarbeitet. Inhalt ist eine systematisch vollständige Darstellung der im Regelfall erforderlichen technischen Unterlagen. Seit Februar 2014 steht die Checkliste sowohl in der zentralen Vorschriftensammlung der Gewerbeaufsicht als auch auf den Internetseiten der LUBW.

Als Zwischenergebnis eines umfangreichen, mehrjährigen Messprojektes zum Thema Infraschall hat die LUBW einen Zwischenbericht veröffentlicht, der sowohl für Planer und Investoren als auch für betroffene Bürgerinnen und Bürger als Hilfe dient. Dabei geht es um vergleichende Untersuchungen zum Infraschall und zu tieffrequenten Geräuschen von verschiedenen Quellen und um mögliche Beeinträchtigungen in der Umgebung von Windenergieanlagen. Das Projekt soll 2015 um einige Messungen ergänzt und abgeschlossen werden.

Der „Potentialatlas Erneuerbare Energien“ wurde zu einem Energieatlas Baden-Württemberg erweitert. Als strategisches Informationsinstrument zeigt er Möglichkeiten auf, erneuerbare Energien in Baden-Württemberg noch stärker zu nutzen. Er dient der Unterstützung der interessierten Öffentlichkeit sowie lokaler und regionaler Energie- und Klimaschutzkonzepte. Dargestellt sind die Potenziale für Windkraft, Photovoltaik und Wasserkraft im Einzugsgebiet des Neckars, die Standorte aller Windkraftanlagen in Baden-Württemberg mit Anlagen- und Bilanzdaten.

Die Problematik der per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) wird in der LUBW bereits seit über fünf Jahren im Zusammenhang mit Altlasten und Grundwasserschadensfällen bearbeitet. Nach großflächigen Boden- und Grundwasserschäden aufgrund von Löschmitteleinsätzen und der großflächigen Ausbringung von belasteten Kompostgemischen im Raum Baden-Baden/Rastatt haben sich die Anforderungen an Beratungs- und Untersuchungsleistungen der LUBW in erheblichem Umfang ausgeweitet. Vier Referate der LUBW sind mit der Durchführung der intensiven fachlichen Beratung der zuständigen unteren Verwaltungsbehörden und des RP beauftragt. Schwerpunkte dabei bilden die Entwicklung eines Detail-Grundwassermodells für den Raum Rastatt/Baden-Baden, die Ableitung von Beurteilungskriterien für Grundwasser, Boden und Humantoxikologie, Laboruntersuchungen sowie die Arbeit der Altlastenbewertungskommission und die Begleitung von F&E-Projekten zu Sanierungsmethoden.

Im Arbeitsschwerpunkt Klimawandel standen 2014 die ressortübergreifende Erarbeitung der Anpassungsstrategie Baden-Württemberg, das Klimabiomonitoring der Medienübergreifenden Umweltbeobachtung sowie die Neukonzeption der Internetseiten zum Themenfeld Klimawandel im Vordergrund. Im Forschungsprogramm KLIMOPASS (Klimawandel und modellhafte Anpassung) hat sich die Zahl der Anträge deutlich erhöht. Das UM hat dazu rund 1,5 Mio. Euro Fördermittel bereitgestellt. Die LUBW verantwortet die gesamte Abwicklung des Forschungsprogramms von der Ausschreibung bis zum Projektabschluss.

Der Ausbau der Marktüberwachung als eine neue Schwerpunktaufgabe der LUBW kam mit der Besetzung der neuen Stellen und der Bearbeitung neuer Aufgaben gut voran. Die Prüf- und Untersuchungsmöglichkeiten in der LUBW sowohl in der Geräteuntersuchungsstelle als auch im Labor für Luftmessungen und stofflichen Verbraucherschutz wurden 2014 erweitert. Insgesamt konnte die Zahl der Prüfungen in der Geräteuntersuchungsstelle erhöht werden. Für Prüfungen von Elektromotoren nach der Öko-Design-Richtlinie der EU wurde im Juni 2014 ein Prüfstand in Betrieb genommen; 20 bundesweit beschaffte, zu prüfende Motoren wurden untersucht.

Im Bereich des Luftmessnetzes wurden weitere ältere Stationsgehäuse (Messcontainer), die nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden konnten, ersetzt. Seit 2010 wurden neue Containertypen geplant und erprobt, die den veränderten Anforderungen hinsichtlich Platzbedarf und Klimatisierung genügen. In den Laboren wurde seit 2012 die Implementierung des neuen integrierten Laborinformations- und Managementsystems vorbereitet, das zum 01.01.2014 in den Echtbetrieb ging. Laborvalidierungen wurden erfolgreich absolviert. Mit „sehr gut“ bestandene Ringversuche belegen zum wiederholten Mal die hohe Qualität der Labore in der LUBW.

Gemäß europäischer Wasserrahmenrichtlinie ist im sechsjährigen Turnus eine umfassende Neubewertung der Qualität der Fließgewässer, der Grundwasserkörper sowie der Seen erforderlich. Aus der Bewertung muss hervorgehen, ob die in sogenannten Wasserkörpern zusammengefassten Fließgewässer sowie die Grundwasserkörper in Baden-Württemberg den „guten ökologischen und den guten chemischen Zustand“ erreichen. Die Bewertung des ökologischen Zustands der Oberflächengewässer anhand der biologischen Qualitätskomponenten erfolgte im Wesentlichen durch die LUBW, das chemische Monitoring für Fließ- und Grundwasserkörper und deren Bewertung lag vollständig in LUBW-Hand. Die Bewertungsergebnisse wurden den zuständigen Flussgebietsbehörden im UIS-Intranet fristgerecht zur Verfügung gestellt. Die WRRL relevanten Seen wurden im Vorfeld zur Berichterstattung an die EU ebenfalls einer aktuellen Zustandsbewertung unterzogen und die Ergebnisse in der „Dokumentation zur Bewertung der Seen“ zusammengestellt. Bei der Bewertung des chemischen Zustands wurden bereits die veränderten strengeren Umweltqualitätsnormen nach RL 2013/39/EG berücksichtigt. Die Bewertungsergebnisse sind Grundlage für die Maßnahmenplanung der Flussgebietsbehörden im Rahmen des Bewirtschaftungsplans.

Die Max Honsell, das auf Neckar und Rhein eingesetzte Messschiff der LUBW wurde 2013 und 2014 technisch rundum erneuert. Bei einem Pressetermin mit Minister Untersteller zum Thema „Mikroplastik“ im August 2014 und bei der Amtschefkonferenz der UMK im Oktober 2014 kam die „neue“ Max Honsell erfolgreich und öffentlichkeitswirksam zum Einsatz.

Im Jahr 2014 hat die LUBW die Problematik von Mikroplastik in Flüssen und Seen sowie die Untersuchung sogenannter Spurenstoffe im Wasser und Sediment als neue Themen bearbeitet. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Prof. Laforsch (Uni Bayreuth) wurde ein Konzept für Mikroplastikuntersuchungen an den Fließgewässern in Baden-Württemberg erarbeitet. Durch Abstimmung mit dem Forschungsprojekt Mikroplastik und der Beauftragung der Universität Bayreuth wurde die Vergleichbarkeit der Untersuchungsergebnisse in Bayern und Baden-Württemberg sichergestellt. Daneben wird eine Abstimmung zu dem weiteren Vorgehen entlang der Rheinschiene mit Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen herbeigeführt.

Zur Analyse von Spurenstoffen in Gewässern hat die LUBW über ein Jahr hinweg mittels monatlicher Untersuchungen 20 Fließgewässer-Messstellen und sechs Kläranlagen (Zu- und Ablauf) auf insgesamt 86 Spurenstoffe untersucht. Dazu zählen beispielsweise Arzneimittel und Hormone, die dank immer besserer Messmethoden heute analysiert werden können. Arzneimittelrückstände

wurden in Baden-Württemberg flächendeckend in allen Proben vorgefunden, ebenso das toxische und in der Umwelt nicht abbaubare Perfluoroctansulfonat, kurz PFOS. Die Untersuchungen stellen hinsichtlich Qualität und Umfang eine bundesweit herausragende Datengrundlage zu Spurenstoffen dar.

Auch 2014 war das Institut für Seenforschung (ISF) im Forschungsbereich und bei INTERREG-Projekten erfolgreich beteiligt. Im Verbundprojekt „SchussenAktivPlus“ konnte durch mikrobiologische Untersuchungen gezeigt werden, wie sich Ausbaumaßnahmen an Kläranlagen auf die Keimbelastung der Gewässer auswirken. Im April 2015 findet die Abschlussveranstaltung zu „SchussenAktivPlus“ in Langenargen statt. Die Projekte „Tiefenschärfe – Hochauflösende Vermessung Bodensee“ und „Klimbo - Klimawandel am Bodensee“ können voraussichtlich 2015 abgeschlossen werden.

Das technische und inhaltliche Angebot der App „Meine Umwelt“ wurde 2014 systematisch ausgebaut. Im Februar erfolgte die Erweiterung für die Benutzer von Windows Phone 8, seit Juni können über die App Umweltmeldungen online an die Umweltmeldestelle im UM abgegeben werden, seit November sind auch die Umweltzonen im Land über die App online abrufbar.

Die LUBW ist nach dem Landesgeodatenzugangsgesetz datenführende Stelle für Geodaten. Sie versorgt über Intranet und Internet Dienststellen, Ingenieurbüros, Verbände, Universitäten und datenführende Dienststellen des Land-Kommunen-Verbundes mit Umweltgeodaten und Geobasisdaten. In den Jahren 2013 und 2014 waren jeweils ca. 10.000 Anfragen zu bearbeiten. Anfragen zu Themen ohne besondere Nutzungseinschränkung konnten durch den öffentlich zugänglichen Daten- und Kartendienst der LUBW (UDO) bedient werden. Bei über 500 Anfragen waren jedoch Datensätze individuell aufzubereiten, zusammenzustellen und zu versenden. In einem neu ausgebauten „Geodaten-Shop“ stellt ein zentraler Dienst die Datenpakete zusammen und sendet einen Link zum Download der Daten an die beauftragende Dienststelle.

1.5 Personal

Die LUBW hatte am 31.12.2014 insgesamt 527 (528) aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Für die Anstaltsangestellten, die vor dem 01.01.2009 eingestellt worden sind, gelten die Regelungen des TÜV-Tarifvertrages. Neueinstellungen im Anstaltsteil erfolgen seit dem 01.01.2009 nach dem am 23.03.2008 abgeschlossenen Haustarifvertrag. Danach finden die gleichen tariflichen Regelungen Anwendung, die auch für Landesbeschäftigte gültig sind. Für das Landespersonal (Landesbeamte und Beschäftigte des Landes) sind die beamtenrechtlichen Bestimmungen bzw. der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) maßgebend.

[...]

2 ERTRAGSLAGE

Im Geschäftsjahr 2014 konnten Einnahmen aus Gebühren und Entgelten in Höhe von TEUR 1.787,9 (TEUR 1.960,0) erzielt werden. [...]

Der Umsatz im Betrieb gewerblicher Art betrug TEUR 1.996,5 (TEUR 2.066,6). [...]

Den Umsatzerlösen von TEUR 1.996,5 standen direkte Kosten von TEUR 354,0 (TEUR 487,3), Personalaufwand von TEUR 467,8 (TEUR 596,6), Kosten der internen Leistungsverrechnung von TEUR 437,2 (TEUR 670,2) und indirekte Kosten von TEUR 166,7 (TEUR 203,3) gegenüber. Der Betrieb gewerblicher Art leistet damit einen wesentlichen Deckungsbeitrag innerhalb der Kostenstruktur der LUBW und weist im Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis vor Steuern von TEUR 446,0 (TEUR 146,7) aus.

Aus hoheitlichen Beistandsleistungen konnten TEUR 45,4 (TEUR 46,1) Erträge erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf TEUR 1.643,8 (TEUR 1.572,9). Davon betragen die zweckgebundenen Zuwendungen Dritter für laufende Projekte TEUR 1.319,7 (TEUR 1.357,2).

[...]

Die Personalkosten betragen insgesamt TEUR 31.081,9 (TEUR 29.840,6); sie liegen TEUR 746,1 unter dem Planwert. Die Aufwendungen für die Landesbeschäftigten betragen TEUR 22.397,3 (TEUR 21.400,8) und liegen TEUR 447,7 unter dem Planwert. Sie werden der LUBW in voller Höhe als Naturalzuschuss zur Verfügung gestellt. Im Staatshaushaltsplan 2013/2014 wurden für die LUBW neun zusätzliche Stellen für die Schwerpunktaufgabe „Marktüberwachung“ ausgewiesen; im 2. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2014 weitere sechs Stellen für die Hochwasservorhersagezentrale und das Hochwasserlagezentrum. Einige Stellen konnten 2013 besetzt werden. Die weiteren Stellen wurden im Laufe des Jahres 2014, allerdings später als geplant, besetzt. Dadurch wurden die für 2014 geplanten Mittel nicht voll ausgeschöpft. Die Personalaufwendungen für das Anstaltspersonal betragen TEUR 8.684,6 (TEUR 8.439,8). [...] Insbesondere durch eine zurückhaltende Planung aufgrund der ausstehenden Entscheidungen zur Aufgabenkritik, durch lange krankheitsbedingte Ausfallzeiten und durch zeitlich verzögerte Nachbesetzung freier Stellen wurde der Planwert um TEUR 298,4 unterschritten.

Die um TEUR 4.072,2 über dem Plan liegenden zweckgebundenen sonstigen Einlagen des Landes führten im Geschäftsjahr 2014 zu wesentlich höheren bezogenen Leistungen als geplant. Diese betragen TEUR 25.920,3; sie liegen TEUR 3.266,2 über dem Plan und TEUR 3.602,8 über dem Vorjahreswert. [...]

[...]

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt TEUR -62.813,2 (TEUR -57.558,3). Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von TEUR -62.954,3 (TEUR -57.648,9).

Dem Jahresfehlbetrag stehen die Einlagen des Landes in das Basiskapital, die sonstigen Einlagen des Landes, der Naturalzuschuss für die Überlassung der Landesbeschäftigten und der Naturalzuschuss für die Überlassung der Liegenschaften als Mittelzufluss gegenüber.

3 FINANZLAGE

Zum 31.12.2014 beträgt das Eigenkapital TEUR 33.378,7 (TEUR 31.704,2). Die Investitionen liegen im Geschäftsjahr 2014 mit TEUR 4.304,4 über den Abschreibungen von TEUR 3.605,4. Hierdurch erhöhen sich das Anlagevermögen und somit auch das Eigenkapital um TEUR 698,9 Die Einlagen des Landes liegen mit TEUR 64.628,8 (TEUR 63.102,9) über dem Jahresfehlbetrag von TEUR -62.954,3 (TEUR -57.648,9). Insgesamt wird eine Erhöhung des Eigenkapitals um TEUR 1.674,5 gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen.

Die Einlagen des Landes stellen keine unzulässigen Beihilfen nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) dar.

Im Finanzplan 2014 waren für die LUBW Einlagen des Landes in das Basiskapital in Höhe von TEUR 20.007,1 geplant. Berücksichtigt wurde dabei bereits eine konkretisierte Globale Minderausgabe von TEUR 1.191,4. Die im Haushaltsplan eingestellten Einlagen des Landes (Basiskapital) wurden um eine weitere Globale Minderausgabe von TEUR 235,7 und eine Effizienzrendite von TEUR 40,2 gekürzt. In der 20. Verwaltungsratssitzung am 08.12.2014 hat der Verwaltungsrat der Einrichtung eines Stellenpools „Sonstige Einlagen des Landes“ zugestimmt. Für diesen flexiblen Stellenpool erhielt die LUBW 2014 eine einmalige Zahlung von TEUR 200 als Einlage des Landes in das Basiskapital. Nach den Ausgleichszahlungen für fremdfinanziertes Personal standen der LUBW 2014 Einlagen des Landes in das Basiskapital in Höhe von TEUR 19.861,7 (TEUR 19.598,4) zur Verfügung.

Die sonstigen Einlagen des Landes, die für konkrete Projekte zweckgebunden zugewiesen werden, betragen für das Jahr 2014 insgesamt TEUR 19.072,2 (TEUR 18.540,6). Die Mittel für die betreffenden Projekte wurden zum Teil im Jahr 2014 eingesetzt, zum Teil werden sie in den Folgejahren benötigt. Die 2014 nicht eingesetzten sonstigen Einlagen des Landes und die nicht eingesetzten Zuschüsse Dritter in Höhe von TEUR 10.579,6 (TEUR 10.036,8) wurden in das Budget 2015 übertragen.

[...]

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 4.068,8 (TEUR 3.473,0). Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen TEUR 402,4 (TEUR 483,7).

4 VERMÖGENSLAGE

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2014 Zugänge zum Anlagevermögen in Höhe von TEUR 4.304,4 (TEUR 4.205,6) aktiviert. Die Abschreibungen betragen TEUR 3.605,4 (TEUR 3.565,7). Das Anlagevermögen erhöhte sich von TEUR 18.325,8 am 31.12.2013 auf TEUR 19.007,5 am 31.12.2014. Auf den Betrieb gewerblicher Art entfallen TEUR 108,6 Investitionen (TEUR 217,7).

[...]

Die Liquidität der Anstalt war im Geschäftsjahr 2014 stets ausreichend. Der Zahlungsverkehr der LUBW wird über die Landesoberkasse Baden-Württemberg (LOK) abgewickelt. Die freien Mittel stehen der LUBW im Cash Pool des Landes zur Verfügung. Die liquiden Mittel der LUBW stiegen im Geschäftsjahr 2014 um TEUR 2.095,1. Dem Guthaben bei der Landesoberkasse Baden-Württemberg zum 31.12.2014 in Höhe von TEUR 20.092,3 (TEUR 17.997,3) standen im Jahr 2014 eingegangene vertragliche Verpflichtungen (Kaufverträge, Werkverträge), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, verfügbare Mittel für die Nachkonditionierung radioaktiver Altabfälle sowie in das Budget 2015 zu übertragende zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes und Zuschüsse Dritter gegenüber.

5 NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der LUBW sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

6 BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN

Das 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) fordert für alle Kapitalgesellschaften die Einführung eines Risikomanagementsystems. Die LUBW muss nach § 9 Abs. 1 des LUBW-Gesetzes ihren Jahresabschluss entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erstellen. Nach § 6 Abs. 5 der LUBW-Satzung ist die LUBW verpflichtet, ein Risikomanagementsystem einzurichten. Im Rahmen des Risikomanagementsystems werden auftretende Risiken nach Risikobereichen gegliedert und entsprechend einer individuell vorgenommenen Risikoeinschätzung bewertet. Das Risikohandbuch und der Bericht Risikomanagement 2014 sind im Intranet der LUBW für alle Beschäftigten zugänglich.

Mit der Satzungsänderung vom 19.07.2013 wurde der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) in der LUBW verbindlich eingeführt. Im Corporate Governance Bericht erklären die Präsidentin und der Verwaltungsrat der LUBW insbesondere, dass sämtlichen Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg entsprochen wurde und diesen Empfehlungen auch künftig entsprochen wird.

[...]

Die Aufgaben der LUBW sind im LUBW-Gesetz geregelt. Für diese Aufgaben wurden der LUBW 2014 Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 64.628,8 zur Verfügung gestellt. Hierbei stieg der Anteil der zweckgebundenen sonstigen Einlagen des Landes; er beträgt im Geschäftsjahr 29,5 %. Um der damit verbundenen Einschränkung des notwendigen Handlungs- und Gestaltungsspielraums der LUBW entgegen zu wirken, wurde in der Verwaltungsratssitzung vom 08.12.2014 die Einrichtung eines flexiblen Stellenpools genehmigt.

In der mittelfristigen Wirtschaftsplanung ging die LUBW dauerhaft von Einlagen des Landes in das Basiskapital auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2014 aus. Die Landesregierung ist verpflichtet, bis 2020 die Schuldenaufnahme auf null zu reduzieren. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft hatte die LUBW 2013 aufgefordert, im Rahmen des Projekts „Aufgabenkritik und Aufgabenabbau“ Vorschläge für konkrete Einsparungen in den kommenden Jahren zu erarbeiten. Da ohne einen deutlichen Aufgabenabbau weitere Haushaltskürzungen nicht leistbar sind, soll in einem Strategieprozess die künftige inhaltliche Ausrichtung der LUBW erarbeitet werden. Dabei sollen in enger Abstimmung mit den Ministerien, den Stakeholdern und unter Einbeziehung der Beschäftigten prioritäre Handlungsfelder benannt, Zukunftsthemen im Umweltschutz identifiziert und in ihrer Bedeutung beurteilt sowie interne Prozesse und Strukturen analysiert und verbessert werden. Dieser Prozess bietet die Chance, die Entwicklung der LUBW zukunftsgerecht zu steuern.

Aktuelle politische Schwerpunktsetzungen führen zu neuen Tätigkeitsfeldern, wie z.B. in der Marktüberwachung, im Hochwasserschutz, im Bereich Windenergie und Bioabfall, für die in der Regel auch entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Der Ministerrat hat am 13.01.2015 den Gesetzentwurf zur Schaffung der „BITBW“, einer zentralen Landesoberbehörde für Informationstechnik beschlossen. Aufgaben die bisher im LUBW-Gesetz bei der LUBW verankert waren, insbesondere Entwicklung, Betrieb, Pflege und Betreuung von IuK-Fachverfahren und zentralen landesweiten Datenbanken im Umweltbereich, sollen an BITBW übertragen werden. Die Errichtung der BITBW hat direkte Auswirkungen auf die Arbeit und Organisation der LUBW und beinhaltet damit auch Risiken. Um diese zu minimieren, sind die Einzelheiten der Aufgabenverlagerung im Laufe des Prozesses sorgfältig zu planen und mit den betroffenen Ministerien abzustimmen.

Weitere wirtschaftliche und finanzielle Risiken, welche die Entwicklung der LUBW, die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nachhaltig beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

2015 ist ein Jubiläumsjahr für die LUBW. Vor 40 Jahren wurden am 1. Januar 1975 verschiedene Institutionen, die sich mit Umwelt- und Naturschutz beschäftigten, zur damaligen Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg - der heutigen LUBW - zusammengefasst. Die LUBW wird in der Öffentlichkeit und Fachwelt als eine unabhängige Landeseinrichtung mit sehr hoher Fachkompetenz wahrgenommen. Es bietet sich die große Chance im Rahmen dieses Jubiläums allen Interessierten zu zeigen, welche Kompetenzen und vor allem welchen Nutzen diese Institution dem Land und seinen Bürgerinnen und Bürgern bietet.

7 PROGNOSEBERICHT

Im Staatshaushaltsplan 2015/2016 werden als Zuschuss in das Basiskapital der LUBW TEUR 18.985,3 für 2015 (2016 TEUR 18.940,4) ausgewiesen. Berücksichtigt wurden Einsparungen zur Erbringung einer Effizienzrendite von TEUR 345,3 (2016 TEUR 523,3) und eine konkretisierte Globale Minderausgabe von TEUR 44,7 (2016 TEUR 45,7). Zusätzlich ist im Geschäftsjahr 2015 eine Globale Minderausgabe in Höhe von TEUR 61,4 zu erbringen. [...]

Der Verwaltungsrat hat in der 20. ordentlichen Sitzung am 08.12.2014 dem Wirtschaftsplan 2015 mit Jahresarbeitsprogramm, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsplan, Stellenübersicht und fünfjähriger vorausschauender Wirtschaftsplanung zugestimmt. Der Wirtschaftsplan wurde mit Schreiben vom 21.01.2015 vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft genehmigt.

Für 2015 wurde geplant, dass der LUBW sonstige Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 14.500,0 zugewiesen werden. Zusätzlich sind im Wirtschaftsplan aus den Überträgen der Vorjahre TEUR 4.000 sonstige Einlagen des Landes im Finanzplan berücksichtigt. Wesentliche Fachaufgaben, die durch die sonstigen Einlagen des Landes finanziert werden, sind: Fließgewässermonitoring nach Wasserrahmenrichtlinie, Grundwasserschutz im Rahmen der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO), Pegelmessnetz, Kartierung von Biotopen und Mähwiesen und das Projekt KLIMOPASS.

Der Erfolgsplan weist für das Geschäftsjahr 2015 einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 64.023,3 aus, der über die im Finanzplan dargestellten Deckungsmittel ausgeglichen wird. Im Geschäftsjahr 2015 sind Erträge in Höhe von TEUR 3.650,0 geplant, davon TEUR 1.250,0 Umsatz im Betrieb gewerblicher Art.

Die Planung der Aufwendungen für „Landespersonal“ sowie für „Gehälter und soziale Aufwendungen“ berücksichtigt die jeweils zu erwartenden Tarifsteigerungen und die Kosten für Stufen- und Zeitaufstiege.

Im Staatshaushaltsplan 2013/2014 hat die LUBW neun zusätzliche Stellen für die Schwerpunktaufgabe „Marktüberwachung“ erhalten. Im zweiten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2014 sind weitere sechs Stellen für die Hochwasservorhersagezentrale und das Hochwasserlagezentrum eingeplant. Im Staatshaushaltsplan 2015/2016 sind zwei zusätzliche Stellen für das Kompetenzzentrum Bioabfall, weitere drei Stellen für das Kompetenzzentrum Windenergie und drei Stellen für den Arbeitsschutz berücksichtigt.

Im Wirtschaftsplan 2015 sind Investitionsmittel in Höhe von TEUR 3,500,0 (2016 TEUR 3.100) vorgesehen. Damit sind die geplanten Investitionsmittel geringer als die erwarteten Abschreibungen von TEUR 3.600,0.

Im Rahmen der Aufstellung des Staatshaushaltsplans 2015/2016 waren Kürzungen der Zuschüsse in das Basiskapital der LUBW zu erbringen. Um diese Einsparvorgaben in Höhe von TEUR 390,0 im Jahr 2015 und TEUR 569,0 im Jahr 2016 umzusetzen, mussten Sach- und Personalmittel sowie damit im Zusammenhang stehende Investitionen gekürzt werden. Obwohl in Folge dieser Kürzungen Aufgaben reduziert oder eingestellt werden müssen, wird die mittelfristige Planung der LUBW nicht wesentlich gefährdet. Mit den Einlagen des Landes in das Basiskapital, die der LUBW im Geschäftsjahr 2015 zur Verfügung stehen, und mit den in Aussicht gestellten sonstigen Einlagen des Landes können aus heutiger Sicht die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms 2015 im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Karlsruhe, den 31. März 2015



Margareta Barth
Präsidentin